

XII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM

FÜR

WIEN,

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Zl. 7423-VR/71

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat  
 Dr. KRANZLMAYR, Dr. KARASEK,  
 Dr. LEITNER und Genossen an die  
 Bundesregierung betreffend  
 Ratifizierung des Europäischen  
 Abkommens über die Strafverfolgung  
 von Strassenverkehrsdelikten  
 (Zl. 491/J)

485 / A. B.  
 zu 491 / J.  
 Prä. am 20. April 1971

An die

Kanzlei des Präsidenten des  
 Nationalrates

W i e n

Nach der dem Bundeskanzleramt am 5. März 1971 zugeworbenen Note der Kanzlei des Präsidenten des Nationalrates Zl. 491/J vom 3. März 1971 haben die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. KRANZLMAYR, Dr. KARASEK, Dr. LEITNER und Genossen eine

A n f r a g e

an die Bundesregierung, betreffend Ratifizierung des Europäischen Abkommens über die Strafverfolgung von Strassenverkehrsdelikten überreicht.

Ich beehre mich, diese Anfrage in Entsprechung des Beschlusses des Ministerrates, Punkt 35 des Beschlussprotokolles Nr. 48 vom 13. April 1971 namens der Bundesregierung wie folgt zu beantworten:

Im Rahmen des Europarates wird gegenwärtig ein weiteres Übereinkommen ausgearbeitet, das unter anderem zum Ziel hat, nach Möglichkeit zu vermeiden, dass ein Rechtsbrecher wegen einer bestimmten strafbaren Handlung in mehreren Staaten verfolgt und bestraft wird. Es ist damit zu rechnen, dass dieses Übereinkommen, das auch auf Verkehrsstraftaten anzuwenden sein könnte, noch in diesem Jahr zur Unterzeichnung aufgelegt werden kann. Das Verhältnis des letztgenannten Übereinkommens zu

./.

- 2 -

dem Europäischen Übereinkommen über die Ahndung von Zuwiderhandlungen im Strassenverkehr ist noch nicht als völlig geklärt anzusehen und wird voraussichtlich noch Gegenstand von Erörterungen in den zuständigen Gremien des Europarates sein. Bis zu einer Klärung dieser Frage könnte man sowohl die Anwendbarkeit beider Übereinkommen auf Verkehrsstraftaten bejahen oder auch den umgekehrten Standpunkt vertreten, dass bei Konkurrenz beider Übereinkommen auf Verkehrsstraftaten nur das Übereinkommen über die Ahndung von Zuwiderhandlungen im Strassenverkehr als "lex specialis" anwendbar wäre. Bis zu der an sich erforderlichen Klarstellung wird es sich nicht empfehlen, zu einer Ratifikation des Europäischen Übereinkommens über die Ahndung von Zuwiderhandlungen im Strassenverkehr zu schreiten.

Wien, am 19. April 1971

Der Bundesminister für Auswärtige  
Angelegenheiten:

